

# Gegen „Streichorgie“ im sozialen Bereich

**FREIE TRÄGER** Kritik an städtischen Kürzungen

VON RAINER RUDOLPH

Die freien Wohlfahrtsverbände in Köln schlagen Alarm: Die Einsparungsvorschläge des Kämmers für die Sozialbereiche des städtischen Haushaltes seien eine „Streichorgie“, die nicht ohne Folgen bleiben würde. „Was einmal zerstört ist, lebt in den seltensten Fällen wieder auf“, sagte Caritas-Direktor Franz Decker bei einem „sozialen Aschermittwoch“ im DRK-Servicezentrum an der Bottmühle. Die Verbände verlangen von der Stadt die Er-

Wir müssen uns fragen, welche Prioritäten wir bei der Gestaltung des Gemeinwesens setzen wollen

Ulli Volland-Dörmann

haltung der sozialen Infrastruktur in Köln und wollen ihre Forderungen mit verschiedenen Aktionen in die Bevölkerung tragen.

In vielen Stadtteilen sei „die soziale Balance bereits heute massiv bedroht“, sagt auch Ulrich Bergmann vom Paritätischen Wohlfahrtsverband. Arbeitslosigkeit, Kinderarmut, überforderte Eltern, zu wenig qualifizierte Betreuungsplätze für Kinder und die Einsamkeit vieler Senioren seien Probleme, die dringend angegangen werden müssten. In solchen Bereichen Zuwendungen zu kürzen sei ein „fachlicher, aber auch finanzpolitischer Irrsinn“. Von Bund

und Land verlangen die freien Träger einen „Rettungsschirm“ für überschuldete Kommunen wie Köln, die Aussetzung der Solidarabgabe für den Osten und die Ablehnung weiterer Steuererleichterungen.

Wenn in der Stadt gespart werden solle, dann an der richtigen Stelle. So koste ein Meter U-Bahn bereits 275 000 Euro; für den Preis von vier Metern U-Bahn könne man beispielsweise alle Streichungen in der Jugendarbeit vermeiden. Solche Rechnungen seien vielleicht „nur halb seriös“, sagt Ulli Volland-Dörmann, Geschäftsführerin der Arbeiterwohlfahrt, „aber wir müssen uns fragen, welche Prioritäten wir bei der Gestaltung des Gemeinwesens setzen wollen“. Die Kölner Wohlfahrtsverbände, zu denen auch das Deutsche Rote Kreuz, die Diakonie und die Synagogengemeinde gehören, seien hier „für Grundversorgung und gegen Leuchttürme“.

Nicht zuletzt sehen die Verbände Probleme auf ihre eigenen Einrichtungen und ihre 25 000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Köln zukommen. Viele Beschäftigungsverhältnisse seien bedroht, wenn der Sparhaushalt durchkomme. „Wir verlangen daher Planungssicherheit“, hieß es. Ihren Protest wollen die freien Träger mit der Initiative „Nicht in meinem Namen“ und an einem „Kölntag“ öffentlich machen. Eine Website „Kölner gestalten Zukunft“ wurde bereits eingerichtet.

[www.koelner-gestalten-zukunft.de](http://www.koelner-gestalten-zukunft.de)